



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Elke Ferner, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Deutscher Bundestag

PLH, Zi. 5737
11011 Berlin
Ansprechpartner/in:
Michael Matzke, Julia Lenfers
Tel: (030) 227 – 70 660
Fax: (030) 227 – 76 660

Wahlkreis

Talstr. 58
66119 Saarbrücken
Tel: (0681) 51060
Fax: (0681) 52207

Berlin, den 27. Mai 2004

Rede am 27. Mai 2004 vor dem Deutschen Bundestag zu den Oppositionsanträgen für einen Nachtragshaushalt

Anrede,

Ihre Anträge, sehr geehrte Herren und Damen von CDU/CSU und FDP sind die üblichen Schaufensteranträge.

Normalerweise verschweigen Sie ja gerne, dass Sie im Bundesrat ständig verhindern, dass die Einnahmehbasis für den Bund, die Länder und die Gemeinden verbessert werden. Aber beim Thema Hartz IV geben Sie Ihre Blockade unumwunden zu.

Sie werfen der Bundesregierung vor, sie sei Schuld an den Steuerausfällen. Die Wahrheit ist, dass Sie mit Ihrer Blockade beim Steuervergünstigungsabbaugesetz vor 2 Jahren, verhindert haben, dass alle staatlichen Ebenen im vergangenen Jahr 2,4 Mrd. Euro Mehreinnahmen hätten haben können und in diesem Jahr sogar 7 Mrd. €.

Die Wahrheit ist, dass Sie durch Ihre Blockade bei der Gemeindefinanzreform die kommunale Ebene im nächsten Jahr um 800 Mio. € betrogen haben.

Die Wahrheit ist, dass Sie durch Ihre Blockade großer Teile des Haushaltsbegleitgesetzes im vergangenen Jahr die Verantwortung dafür tragen, dass alleine beim Bund die Mai-Steuerschätzung um 3,2 Mrd. € niedriger ausfällt als bei der letzten Steuerschätzung.

Die Wahrheit ist, sehr geehrte Herren und Damen von der Opposition, dass Sie mit Ihren Vorschlägen zur Kopfprämie im Gesundheitswesen, dem Bierdeckelkonzept von Herrn Merz, einer Erhöhung des Kindergeldes, Veränderung der Kindererziehungszeiten bei der Rente und anderen Vorschlägen nach Berechnungen Ihres stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Horst Seehofer die öffentlichen Haushalte mit zusätzlich 102 Mrd. € belasten würden.



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Wie sie diesen Betrag einsparen wollen, verschweigen Sie wohlweislich. Vor diesem Hintergrund einen Nachtragshaushalt und ein Haushaltssicherungskonzept zu verlangen ist mehr als fadenscheinig. Sie machen auch überhaupt keine Aussagen darüber, wo Sie sparen wollen, zumindest keine innerhalb der Union abgestimmten.

In Ihrem Antrag fordern Sie, den allgemeinen Staatsverbrauch sofort mit einer Haushaltssperre zu belegen und führen als Beispiel die sächlichen Verwaltungskosten an. Sie wissen aber genau, dass solche Beträge, wenn Sie überhaupt in der von Ihnen angenommenen Höhe eintreffen würden, im Bereich der sächlichen Verwaltungskosten gar nicht erbracht werden könnten.

Der bayrische Ministerpräsident wird schon etwas deutlicher. Er fordert eine pauschale Kürzung aller Ausgaben um 5%. Das ist der gleiche Ministerpräsident, der sich noch vor wenigen Wochen geweigert hat, überhaupt an Verhandlungen teil zu nehmen, wenn bei der Landwirtschaft auch nur einen Cent einzusparen.

Was dieser Vorschlag bedeuten würde will ich Ihnen mal an einigen wenigen Beispielen deutlich machen:

Das würde im Haushalt des Ministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung ein Kürzung um über 4 Mrd. € bedeuten. Das heißt im Klartext eine Rentenkürzung oder eine Beitragserhöhung um 0,4 %-Punkte und damit zusätzliche Belastungen für Rentnerinnen und Rentner oder die Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und die Wirtschaft.

Oder nehmen wir den Verkehrshaushalt. Da müssten zusätzlich noch einmal 1,3 Mrd. € eingespart werden. Wer diesen Haushalt kennt, weiß, dass das de facto nur bei den Investitionen geht. D.h. also Kürzungen bei den Verkehrsinvestitionen.

Das ganze wird noch umso lächerlicher, wenn man weiß, dass Ihre Fraktion im Haushaltsausschuss die sofortige Mittelentsperrung für die Verkehrsinvestitionen beantragt hatte, als noch gar nicht klar war, wie die fehlenden Mauteinnahmen kompensiert werden sollen. Darüber hinaus haben Ihre Fraktionskollegen im Verkehrsausschuss zusätzliche Projekte in Höhe von über 7 Mrd. € beantragt.

Wir können auch gerne den Einzelplan des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit als Beispiel heranziehen. Dort müsste auch über eine Milliarde eingespart werden. Da verweisen Sie immer besonders gerne auf die Steinkohlebeihilfen. Das sind aber die Steinkohlebeihilfen, die Ihre Bundesregierung 1997 zugesagt hat. Ihr Bundeskanzler Kohl, Ihr Finanzminister Waigel und Ihr Wirtschaftsminister Rexrodt. Im Übrigen sind diese Mittel, wie Sie selbst wissen nicht disponibel, weil es bereits Zuwendungsbescheide an die Ruhrkohle AG gibt.

Also müsste, wenn es nach Herrn Stoiber ginge, die aktive Arbeitsmarktpolitik um 10% gekürzt werden. Da würden sich die ostdeutschen Länder ganz besonders freuen. Oder das Arbeitslosengeld oder die Arbeitslosenhilfe müssten gekürzt werden oder Förderprogramme zugunsten des Mittelstandes in den neuen Ländern.



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Fazit ist also: Sie reden vom Sparen, ich sollte besser sagen vom Kaputtsparen und gleichzeitig weigern Sie sich, Steuersubventionen abzubauen.

Andere von Ihnen beklagen die hohen Ausgaben und die schlechte Einnahmesituation und wollen mit ihren diversen Vorschlägen die Einnahmen weiter reduzieren und die Ausgaben weiter erhöhen. Dass diese Milchbubenrechnung nicht aufgehen kann, weiß jedes Kind im ersten Schuljahr. Jeder weiß, dass zusätzliche Einsparungen nach 3 Jahren der Stagnation das Wirtschaftswachstum wieder abwürgen würden.

Anrede,

Sie arbeiten aber auch noch mit Taschenspielertricks. Mit den Zahlen in Ihrem Antrag führen Sie die Öffentlichkeit bewusst in die Irre. Sie behaupten, seit 1998 habe es eine Ausgabensteigerung von 24,1 Mrd. € gegeben. Wenn man Äpfel mit Birnen vergleicht, stimmt das. Ich habe aber schon in der Grundschule gelernt, dass man das nicht darf.

Sie verschweigen, dass alleine für den zusätzlichen Bundeszuschuss an die Rentenversicherung und die Abgeltung von Kindererziehungszeiten 29,2 Mrd. € mehr ausgegeben als noch 1998. Wenn das die Versicherten aus Beiträgen aufbringen müssten, wie zu Ihrer Zeit, hätten wir heute einen Rentenversicherungsbeitrag von 22,5% statt von 19,5! Oder andersherum gesagt: Unternehmen und Versicherte würden jeweils mit zusätzlich 14,6 Mrd. € belastet.

Hätten Sie, wie seriöse Haushälter das tun sollten, die bereinigten Ausgaben einander gegenübergestellt, würden Sie feststellen, dass die Ausgaben im Jahr 2003 um 2,1 Mrd. € niedriger sind als zu Ihrer Regierungszeit. Das ist eine Ausgabenminderung von 1% statt einer Ausgabensteigerung von 10%, wie Sie das behaupten. Alleine das beweist schon, dass Sie im besten Fall wissen, wie man das Wörtchen seriös schreibt, aber dass Sie nicht wissen, was seriöse Finanzpolitik ist, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen von der Union.

Anrede,

Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Die verschiedenen zum Teil sehr schmerzlichen Maßnahmen im Gesundheitsbereich, bei der Rente und bei den Arbeitsmarktreformen bringen eine strukturelle Entlastung der öffentlichen Haushalte mit sich. Damit werden die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest gemacht und es werden Spielräume geschaffen, um in die Zukunft unseres Landes zu investieren: in die Infrastruktur und in Bildung und Forschung.

Wir haben im Bereich Bildung und Forschung für dieses Jahr inklusive der Mittel für die Ganztagschulen 9,261 Mrd. € bereitgestellt. Im letzten Jahr Ihrer Regierungszeit waren es gerade einmal 7,263 Mrd. €. Das sind fast genau 2 Mrd. € mehr bzw. das entspricht einer Steigerungsrate von 27,5%.

Es geht hier aber nicht nur um mehr Geld für Bildung und Forschung. Es geht darum, unser Land fit für die Zukunft zu machen. Und es geht vor allem darum in die Köpfe



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

der Menschen zu investieren und es geht um mehr Chancengerechtigkeit in unserem Bildungssystem.

Anrede,

Das Vorziehen der Steuerreform, das Sie in Teilen blockiert haben, entlastet in diesem Jahr die Bürgerinnen und Bürger um 15 Mrd. € und im nächsten Jahr um weitere 6,5 Mrd. €. Das schafft Spielraum, um den privaten Konsum anzukurbeln. Leider wird davon im Moment noch kaum Gebrauch gemacht - stattdessen steigt die Sparquote.

Das hängt auch mit Ihrer Miesmacherei und Ihrer Blockade bei zentralen Vorhaben der Bundesregierung im Bundesrat zusammen. Wenn die Bürgerinnen und Bürger ständig hören, dass alles schlechter wird und wenn Sie mit Ihrer Bundesratsmehrheit höhere Zuzahlungen bei Arzneimitteln, die derzeitige Ausgestaltung der Praxisgebühr und die private Absicherung des Zahnersatzes durchsetzen, braucht man sich wirklich nicht zu wundern, wenn alle ihr Geld zusammenhalten.

Anrede,

wie seriöse die Finanz- und Haushaltspolitik dort ist, wo die CDU das Sagen hat will ich anhand von ein paar Eckdaten einmal deutlich machen:

Die Entwicklung des saarländischen Landeshaushaltes ist dafür ein trauriges Beispiel.

Das Saarland hatte im Jahr 1999 einen Schuldenstand von 6,36 Mrd. €. Die solide Finanz- und Haushaltspolitik der saarländischen Landesregierung hat dazu geführt, dass am 31.12.2003 der Schuldenstand 6,973 Mrd. € betrug. Das sind 613 Mio. € mehr als 4 Jahre zuvor. Ende diesen Jahres wird der Schuldenstand um über 1 Mrd. € höher sein als 1999. Und das obwohl von 2000 bis einschließlich 2004 der Bund im Rahmen der Teilentschuldung dem Land 1,9431 Mrd. € überwiesen haben wird.

Jetzt noch mal zum Mitschreiben: Das Saarland wird von 2000 bis einschließlich 2004 rd. 1,95 Mrd. € zusätzliche Einnahmen vom Bund erhalten haben und wird den Schuldenstand im gleichen Zeitraum um über 1 Mrd. € erhöht haben. Das macht zusammen fast 3 Mrd. €.

Jetzt werden Sie sagen: aber es hat doch Einnahmeausfälle gegeben. Stimmt. Die gab es aber auch vor 1999. Da hatte aber die SPD geführte Landesregierung trotz 1,5 Mrd. € Mindereinnahmen den Schuldenstand um 1 Mrd. € abgebaut.

Die CDU geführte Landesregierung hat das Kunststück fertig gebracht, bei geringeren Einnahmeausfällen den Schuldenstand zu vergrößern.

Soviel zum Thema seriöse Finanzpolitik der CDU.

Anrede,



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Was Sie heute fordern meine Damen und Herren von CDU und CSU bringt uns nicht einen Schritt weiter. Wir haben bereits Konsolidierungsschritte eingeleitet.

Jetzt noch weitere Einsparungen zu machen, wäre mehr als kontraproduktiv - sie würden das Wirtschaftswachstum abwürgen und eine Abwärtsspirale in Gang setzen.

Der Bundesfinanzminister hat angekündigt, dass die Bundesregierung einen verfassungskonformen Haushaltsentwurf für das Jahr 2005 vorlegen wird, dass die Konsolidierungsschritte, auf die sich die Bundesregierung bereits verständigt hat, in einem neuen Anlauf verwirklicht werden sollen und dass die verbleibende Haushaltslücke mit Privatisierungseinnahmen geschlossen wird.

Auch wir hätten das Ziel der Absenkung der Nettokreditaufnahme auf Null gerne früher erreicht. Unter den derzeitigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen muss dieses Ziel leider zeitlich gestreckt werden. Aufgeben werden wir dieses Ziel gerade im Interesse der nachfolgenden Generationen aber nicht.